

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln!

Der Bremer Westen steht durch die sozialen und demografischen Herausforderungen im Fokus der sozialen Stadtentwicklung der nächsten Jahre. Im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungspolitik entsprechend dem Bremer Leitbild 2020 sollen daher im Bremer Westen bauliche mit sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verknüpft und die Wohnquartiere und Stadtteile stabilisiert und zeitgemäß entwickelt werden.

Bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen, eine Entwicklung der Bildungslandschaft und der wohnortnahen Versorgung sowie die soziale und kulturelle Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement bei der Planung, Realisierung und schließlich auch Nutzung von Projekten stehen im Zentrum dieses Schwerpunkts der Stadtentwicklung.

Die Stadtentwicklung im Bremer Westen soll daher im Sinne eines „best practice“-Prozesses Erfahrungen und Anregungen auch aus anderen Städten und Bremer Stadtteilen einbeziehen und beispielgebend für das Leitbild Bremen 2020 und seine Umsetzung in der ganzen Stadt wirken.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, aufbauend auf dem Leitbild der Stadtentwicklung für die Stadtteile des Bremer Westens ein ressortübergreifendes Handlungskonzept der Senatsressorts für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, für Soziales, für Bildung, für Kultur und für Wirtschaft und Arbeit aufzulegen. Ein Instrument zur Umsetzung soll eine einzurichtende Entwicklungsagentur West sein. Bei der Entwicklung des Handlungskonzepts ist das Einbeziehen der lokalen Akteure und Einrichtungen und der Stadtpolitik sicherzustellen.
2. Die Stadtbürgerschaft erwartet vom Senat, dass die erprobten und erfolgreichen Beteiligungsprozesse bei der Entwicklung von Projekten, z. B. der Programme „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“, auf Stadtteil- und Quartiersebene auch für die Arbeit der Entwicklungsagentur West erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die konkreten ressortübergreifenden Handlungsziele und -inhalte im 1. Halbjahr 2012 den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen und ihre Finanzierung in den Haushalten 2012 und 2013 darzustellen.

Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Susanne Wendland, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN